

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

156 (14.7.1909) 1. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:** Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.

**Redaktion und Geschäftsstelle:** Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

**Verantwortlich:** Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.

**Der gegangene Reichskanzler.**  
Fürst Bülow nimmt Abschied von seinen Beamten; seine Koffer sind gepackt. Er muß aus dem Amt scheiden und niemals kehrt er wieder. Am letzten Samstag haben die Abgeordneten und Wiener die Vorberträge am politischen Parteitag des Reichskanzlers niedergelegt und die üblichen Leichenreden gehalten. Viel schöne Worte wurden gesprochen; denn von den Toten soll man nur Gutes reden.

Man fragt, wer hat den Reichskanzler gestürzt? Denn freiwillig scheidet er nicht aus seinem Amt. Die Offizien wollen alle Schuld den Konservativen auf-laden; aber der kluge Herr von Helldorff hat sehr deutlich durchblicken lassen, daß die Konservativen es endlich fassen haben, daß Fürst Bülow bei allen politischen Unbequemlichkeiten den Konservativen mit seinem Eintritt blieb. Das tat er auch diesmal und die Konservativen ließen ihn fallen. Insofern sind sie die Ursache des Sturzes. Aber in Wirklichkeit hat der Reichskanzler eben sich selbst gestürzt; er fiel in sein eigenes Schwert. Seine Politik ist die Ursache des Sturzes, nicht eine bestimmte Partei. Er hat jahrelang mit dem Zentrum gearbeitet; als er 1906 schon sterben sollte, vollzog er eine Schwermütigkeit und machte die Politik. Die Unrichtigkeit dieser Politik ist es, die den Fürsten Bülow stürzte. Hätte der Reich nicht gänzlich Fiasco gemacht, so wäre er heute noch im Amt. Nun aber liegt er unter den Trümmern seines Werkes, das ihn erschlagen hat. Fürst Bülow hat sich selber das Grab gegraben und sein Abgang war ein schmerzlicher. Noch nie ist ein Reichskanzler so geachtet worden wie dieser. Fürst Bülow, den er gerne liebte, war auch nach seinem Sturz ein Niese, Caprioli schied als christlicher Soldat, Hohenlohe wegen hohen Alters, aber Fürst Bülow kann sagen, daß er infolge allgemeinen Mißtrauens gehen muß und daß ihm außerhalb des evangelischen Bundes und seines Sprachkreises der Nationalliberalen, niemand eine Traue nachweint.

Zum Zentrum sieht man seinen nicht ruhmvollen Abgang ohne Bedauern. Bülow schied als Feind des Zentrums und was er dem Zentrum schaden konnte, das tat er, trotzdem ihm das Zentrum seine besten Siege unterrichten half. Wenn ein Feind scheidet, dann trauert man nicht und Bülow war ein gefährlicher und mächtiger Feind; doch jetzt ist er unterlegen. Daß aber diese Niederlage Bülow's das Zentrum 500 Mill. M. gekostet haben soll, ist eine Fabel, so viel ist dem Zentrum kein Gegner wert. Aus staatsmännischen und sozialen Gründen stimmte das Zentrum für die Reform. Die Bedeutung des Zentrums hängt auch nicht ab von dem Wohlwollen eines Reichskanzlers; denn das Zentrum hat seine Kraft in sich selbst. Freilich eine besondere Genugtuung kann es für das Zentrum sein, daß der Reichskanzler scheidet. Dieser Sturz wird eine heilsame Lehre für ein ganzes Menschenalter hindurch sein und die deutschen Reichskanzler der kommenden 25 Jahre werden nie vergessen, daß die wohl gute Wahlen werden den daß gegen das Zentrum schaffen können, daß sie aber nicht lange und nicht erfolgreich die Reichskanzler ohne und gegen das Zentrum führen können. Darin liegt die politische Bedeutung des Sturzes Bülow's.

Da der 4. Reichskanzler scheidet, wollen wir gern anerkennen, was er Gutes geleistet hat. Seine Stärke lag nicht auf dem Gebiet der Außenpolitik, obwohl er Diplomat von Beruf war. Die Novemberkrisis sah uns isoliert und gedemütigt. Die Balkanpolitik befestigte unsere Situation; aber die Erfolge sind trotz der erheblichen Anstrengungen nur klein und gering. Dagegen hat er im Innern manches Gute geschaffen; den neuen Zolltarif und die Handelsverträge konnte er nur durch das Zentrum annehmen lassen. Die deutsche Flotte ist unter ihm entwickelt worden. Den häßlichsten Teil des Weltkrieges entfernte er. Damit hat er sich bei den deutschen Katholiken Dank erworben; aber seit Dezember 1905 ist dieser Dank zurückgetreten. Man sah eben ein, daß Fürst Bülow keine politischen Grundzüge hat, daß er nur ein Ziel kannte, sich im Amt zu erhalten. Unbefristet bleibt sein Ruhm, daß er einer der besten Redner war im Parlament und daß er unter allen Reichskanzlern in dieser Hinsicht an erster Stelle steht.

Wir sind objektiv genug, um der gestürzten Größe einen schönen Lebensabend zu wünschen. Viel Arbeit und hohe Verantwortung ruhte auf seinen Schultern. Das 6. Jahrzehnt hat er überschritten und noch eine geraume Spanne Zeit mag ihm beschieden sein, um über den Wechsel alles Irdischen nachzudenken. Die Fehler seiner Politik mag er suchen und verzeihen. Den Reichskanzler Bülow mag man nachfolgen! Nur wurde der Weggang des Grafen im Wort allgemein bedauert. Bülow's Weggang wird nicht allgemein, wenn auch von manchen bedauert. Wir wären schlechte Politiker, wollten wir das vermissen, was er uns als Reichskanzler gewesen ist; wir wären aber ebenso schlechte Menschen, wollten wir dies an das Böse denken, das er uns zufügen wollte.

### w. Die Finanzreform.

Die Zentrumsparlamentskorrespondenz schreibt: Nachdem die Finanz- und Steuerreform vom Reichstag und Bundesrat endgültig angenommen worden sind, halten wir es, namentlich mit Rücksicht auf die Beurteilung der Finanzreform von gegnerischer Seite, für angezeigt, im Zusammenhang eine Darlegung über den Zweck dieser Reform, den Verlauf der Verhandlungen und die Stellungnahme der Parteien zu geben.

Die Vorlage der verbündeten Regierungen bezweckte hauptsächlich die Beschaffung neuer Geldmittel, um der ständigen Not in der Reichskasse abzuhelfen.

**A. Der Bedarf.**  
Der Bedarf wurde auf rund 500 Millionen jährlich veranschlagt und zwar, im Durchschnitt für die nächsten fünf Jahre berechnet.

1. zur Deckung des schon bestehenden regelmäßigen Defizits	200 000 000
2. zur Deckung der Beamtenbesoldungs-aufbesserung	110 000 000
3. zur Durchführung einer regel-mäßigen Schuldentilgung	55 000 000
4. zur Ermäßigung der Zundersteuer	35 000 000
5. zur Aufhebung der Fahrkartensteuer	20 000 000
6. zur Aufrechterhaltung des Reichs-invalidentfonds	30 000 000
7. zur Tilgung der Fehlbeträge aus den Jahren 1906/08	50 000 000

also jährlich insgesamt 500 000 000  
Der Reichstag erkannte die Berechtigung dieser Forderung im allgemeinen an; während jedoch sich die Liberalen und die Sozialdemokraten mit der Aufhebung der Fahrkartensteuer und der Ermäßigung der Zundersteuer einverstanden waren, vertrat das Zentrum, Polen, Kontraktive und Freireformative die Ansicht, daß man lieber die bestehende Fahrkartensteuer und Zundersteuer aufrecht erhalten und den Bedarf entsprechend geringer ansetzen solle, als daß man erst andere drückende neue Steuern einführe. Daher lehnten die konservativen Parteien, die Polen und das Zentrum (die neue Mehrheit) die Aufhebung der Fahrkartensteuer und die Ermäßigung der Zundersteuer ab und bekräftigten damit den Bedarf an neuen Mitteln auf 445 Millionen anstatt 500 Millionen. Dasselbe Mehrheit war sich aber auch darüber einig, daß dieser Bedarf nicht ganz durch neue Steuern aufgebracht, sondern daß davon teils der deutschen Bundesstaaten mindestens jährlich 25 Millionen an erhöhten Matrularbeiträgen an das Reich gezahlt werden sollten. Hiernach bekräftigte sich der Bedarf auf rund 420 Millionen, während die Liberalen 475 Millionen außer der Erhöhung der Matrularbeiträge bewilligen wollten.

**B. Verteilung der Steuerlasten im allgemeinen.**  
Die Liberalen wollten 400 Millionen durch neue indirekte Steuern, 75 Millionen durch Erbschaftssteuer und 25 Millionen durch Beiträge der Bundesstaaten aufgebracht haben, während die neue Mehrheit nur 310 Millionen durch indirekte Steuern, dagegen 110 Millionen durch Steuern auf den Besitz (außer den 25 Millionen Matrularbeiträgen) zu bewilligen entschlossen war. Das Finanzprogramm der Liberalen unterschied sich von dem der neuen Mehrheit sehr wesentlich; erstere wollten 400 Millionen auf den Massenkonsum und nur 75 Millionen auf den Besitz, die Rechte und das Zentrum dagegen nur 310 Millionen auf den Massenkonsum und 110 Millionen auf den Besitz nehmen. Die Polen schlossen sich der neuen Mehrheit an, weil auch sie erkannten, daß das Steuerprogramm der Rechten und des Zentrums mehr geeignet war, die breiten Volksmassen zu schonen und die Leistungsfähigen heranzuziehen, als das Programm der Liberalen und Freisinnigen. Die Polen behielten sich jedoch vor, gegen einzelne Steuern zu stimmen, auch wenn sie das Programm der neuen Mehrheit im Ganzen unterstützten, um nicht das volksfeindliche Steuerprogramm der Rechten liegen zu lassen.

**C. Die Verteilung der Steuerlast im einzelnen.**  
Wie sich die Liberalen und Freisinnigen die Verteilung der Steuerlast im einzelnen dachten, ist nicht vollständig in die Erscheinung getreten, da sie mit ihren schließlichen Projekten nicht mehr heranzukommen, nachdem sie bei der Frage der Besitzsteuern in der Minderheit geblieben waren. Zeitgemäß muß jedoch werden, daß die Liberalen gegen die ursprünglich geplante allgemeine Nachlasssteuer stimmten, dagegen für eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten in Höhe von 55 Millionen und für Einführung des Erbrechts des Staates mit einem Ertrag von etwa 20 Millionen. Das nannten sie ihre „allgemeine Besitzsteuer“, obwohl es feststand, daß durch diese Steuern in der Hauptsache nur der städtische und ländliche Grundbesitz und das in der Industrie und im Handwerk angelegte Kapital, nicht aber das

ohnehin durch unsere ganze Steuererhebung so außerordentlich begünstigte mobile Großkapital, die Bank-, Börsen- und Kapitalistenkreise getroffen würden. Die 400 Millionen indirekter Steuern wollte die Linke durch Erhöhung der Verbrauchsteuer um 100 000 000 der Brauweinsteuer um 100 000 000 der Tabaksteuer um 70 000 000 des Tee- und Kaffeezolls um 75 000 000 der Schaumweinsteuer um 5 000 000 und durch eine Steuer auf Zinshöher mit 23 000 000 decken; wie die anderen 27 Millionen von der Linken aufgebracht werden sollten, ist nicht offenbar geworden, doch ist es wahrscheinlich, daß sie auch hierfür die Verleumdungsförderung (Glühstrümpfe usw.) in Aussicht genommen hatten, da sie andere positive Vorschläge nicht gemacht haben.

Die Rechte und das Zentrum haben zuerst versucht, den Bedarf an indirekten Steuern noch geringer als 310 Millionen zu bemessen, indem sie einen Kohlenausfuhrzoll und höhere Börsensteuern vorschlugen. Sie konnten jedoch hiermit nicht beim Bundesrat durchdringen und entschlossen sich schließlich, die indirekten Steuern wie folgt aufzubringen: durch Erhöhung:

der Verbrauchsteuer	100 000 000
der Brauweinsteuer	80 000 000
der Tabak- und Zigarettensteuer	45 000 000
des Tee- und Kaffeezolls	37 000 000
der Schaumweinsteuer	5 000 000
der Zinshöhersteuer	23 000 000
durch die Glühkörpersteuer	20 000 000

zusammen 310 000 000  
Gegenüber dem Programm der Liberalen ergibt dies ein Weniger in der Belastung

von Verbrauchsteuern	20 000 000
für Tabak mit	25 000 000
für Kaffee und Teezoll	38 000 000
sonstige Steuern	7 000 000

also auf eine Minderbelastung von 90 000 000 gegenüber dem Programm der liberalen Parteien. Dagegen beschloßen die Rechte und das Zentrum die Aufbringung der Steuern auf den Besitz in folgender Weise:

1. eine Wertzuwachssteuer auf Gewinn an Grundstücksverkäufen, die jedoch erst successive zunächst in drei Jahren in Kraft tritt und bis dahin durch einen Umfahstempel auf diese Geschäfte ersetzt wird, sowie einen Stempel auf gebundenen Großgrundbesitz (Hofkommission) in Höhe von	40 000 000
2. durch Erhöhung der Börsensteuer (des Stempels auf neu auszugebende Aktien, Obligationen und ausländische Papiere) in Höhe von	23 000 000
3. durch einen Talonstempel (Zinsbogensteuer auf bereits im Verkehr befindliche Wertpapiere)	27 000 000
4. durch einen Stempel auf Bankguthaben und Bankguthabenauszahlungen in Höhe von	13 000 000
5. durch Erhebung einer Nachsteuer auf langfristige Wechsel, wie solche für Bankkonten, Feuerversicherungs-gesellschaften und Bankkreditoperationen üblich sind, in Höhe von	7 000 000

zusammen 110 000 000  
Hierdurch werden also die Grundstücksbesitzer mit 40 Millionen, die Bank- und Börsengeschäfte und Wertpapierbesitzer mit insgesamt 70 Millionen jährlich betroffen.

Von einer allgemeinen Vermögens- oder Besitzsteuer haben die Rechte und das Zentrum um so mehr abgesehen, als solche einen Eingriff in die Steuerhoheit der Bundesstaaten gewesen wäre, welchen diese unter keinen Umständen zugeben wollten. Die Verteilung der Einzelsteuern ergibt also:

nach den Rechten	nach den Liberalen	nach den Zentrums Vorschlägen
indirekte Steuern	M. 310 000 000	M. 400 000 000
auf den Verbrauch	M. 110 000 000	M. 75 000 000
Besteuerungen	M. 420 000 000	M. 475 000 000

Welche Verteilung die gerechtere, die breiten Volksmassen schonendere, die leistungsfähigen Schultern stärker heranziehende ist, die Verteilung nach dem Programm der Rechten und des Zentrums, oder die Verteilung nach den liberalen Vorschlägen, mag jeder Unbefangene selbst beurteilen. Die Bank- und Börsenkreise und die Vertreter des mobilen Großkapitals halten selbstverständlich das Programm der Liberalen, welches ihren Geldbeutel schon, für das bessere und erheben ein lautes Geschrei gegen die Börsen- und Wertpapiersteuern, weil sie dadurch etwas stärker

getroffen zu werden fürchten. Vom Standpunkt der ansiehenden Gerechtigkeit wird man jedoch zugeben müssen, daß das mobile Kapital recht gut eine höhere Belastung tragen kann, ja daß es vielmehr leicht bei den endgültigen Beschlüssen des Reichstages noch zu glimpflich weggekommen ist.

### Die „Gleichberechtigung“ von Partei und Gewerkschaften.

Die „freien“ Gewerkschaften haben zwar in dem Schutz- und Trugbündnis, das sie auf dem Mannheimer sozialdemokratischen Parteitag im Jahre 1906 mit der „Partei“ geschlossen haben, sich die völlige Gleichberechtigung mit derselben ausbedungen. Daß diese Gleichberechtigung aber vielfach lediglich auf dem Papier steht, lehrte die Behandlung, die den „freien“ Gewerkschaften und deren leitenden Persönlichkeiten tagtäglich seitens der nachgebenden Partei in der Partei zuteil wird. In den Augen der letzteren sieht tatsächlich die Partei in den Gewerkschaften und von diesem Standpunkt aus sind auch die Gewerkschaften für die Partei zu bewerten. In letzter Linie haben sie in der Praxis sich der Partei unterzuordnen und ihr Gehurtschlehdienste zu leisten für die Etablierung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates. Mit erteilter Offenheit wird das den „freien“ Gewerkschaften in der neuesten Nummer (41) der „wissenschaftlichen“ Wochenschrift der Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit“, von dem obersten sozialdemokratischen Parteigelehrten Karl Kautsky einmal wieder zum Bewußtsein gebracht. Dieser hatte in seiner auch von gewisser sozialdemokratischer Seite mehr humoristisch aufgefaßten Phantasiearbeit: „Der Weg zur Macht“ ausgeführt, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage seien, die Lebenslage der Arbeiter dauernd zu verbessern. Für diese die mißverheerende Gewerkschaftsarbeit herabsetzende Kritik hatte sich zunächst der „Grundstein“ (Nr. 23) vom sozialdemokratischen Mannerverband und nachher das Organ der Generalkommission der freien Gewerkschaften, das „Korrespondenzblatt“ (Nr. 25), erlaubt, dem „Genossen“ Kautsky einen derben Rüssel zu erteilen, wobei letzteres dem sonst für unfehlbar angesehenen obersten Parteigelehrten nur zu sehr nachgab, daß er zur Stützung seiner Behauptung mit „falschen unkontrollierten Statistiken“ arbeite. Die Reichsminister der „freien“ Gewerkschaftsblätter scheinen dem „Genossen“ Kautsky jedoch sehr wenig zu imponieren. Unter allerhand Verlautbarungen, ohne die es bei Kautsky nun einmal nicht geht, hält dieser nicht nur an seiner Behauptung — „Der Frage, ob die Gewerkschaften imstande sind, den Lohn der Arbeiter dauernd und ununterbrochen immer höher zu heben...“ — einen derartigen Organ der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten — fest, sondern macht den Gewerkschaften noch einmal mit aller Entschiedenheit klar, wofür sie vom Standpunkte der Partei in letzter Linie eigentlich da sind. „Ich behaupte“, so dozieren die „Gelehrten“ Kautsky den Gewerkschaften vor, „daß wir in eine Periode eingetreten sind, in der der Lohnkampf mit den herkömmlichen gewerkschaftlichen Mitteln nicht mehr so gute Ansichten hat, wie im allgemeinen im letzten Jahrzehnt, ich beschränke jedoch die Aufgaben der Gewerkschaften nicht auf jenen Kampf...“ Ich erwarte, daß der Schwerpunkt des proletarischen Klassenkampfes in den nächsten Jahren mehr auf politischem Gebiete liegen wird, daß aber dieser dort zur Erreichung von Erfolgen der energischen Mitwirkung der Gewerkschaften bedarf.“ Zeht kennen die „gleichberechtigten“ Gewerkschaften ihren eigentlichen Zweck. In letzter Linie haben sie für die Geburt des Zukunftsstaates den Sebel anzusetzen und da zu diesem Gebeln nach Kautsky in erster Linie der Generalkampf gehört, haben sie sich für derartige gefährliche Experimente herzugeben. Die augenblickliche Gewerkschaftsarbeit nämlich bleibt — „Eißenarbeit“, sie ist nicht in der Lage, die Lebenshaltung der Arbeiter dauernd und ununterbrochen vorzubereiten. So Kautsky von Partei wegen! Und so sieht in der Praxis die „Gleichberechtigung“ von Partei und Gewerkschaften aus!

### Deutschland.

Berlin, 14. Juli 1909.

Der Schluß des Reichstages ist gestern erfolgt. Der Reichstag wurde also nicht, wie man erwartet hatte, vertagt sondern geschlossen. Der Reichstag, wie er hieß, geht also nach 2 1/2-jähriger Dauer, nachdem er mehrmals vertagt worden war, in die großen Ferien, nach welchen er sich dann wieder mit den alten Elementen neu konstituiert. Was an Vorlagen, Gesetzentwürfen etc. noch nicht erledigt war, das fällt nun unter den Tisch, was bei einer bloßen Vertagung nicht geschehen wäre. Und wenn der Reichstag wieder zusammentritt, dann hat er sein ganzes Präsidium neu zu wählen. Man wird dann auch sehen, ob die neuen Mehrheitsverhältnisse



nisse auch im Präsidium zum Ausdruck kommen werden. Bekanntlich hat das Zentrum im Reichstag zum ersten Mal wieder seit den württembergischen Wahlen niemanden im Präsidium gehabt; das war das äußere Zeichen dafür, daß das Zentrum überhaupt ausgeschaltet werden sollte. Es war ein Unrecht, das sich gerächt hat. Der Reichstag, der nach dem — erst neuerdings bestrittenen — Willen des Reichstages das Zentrum überflüssig machen sollte, wird geschlossen, nachdem das Zentrum wieder eingeschaltet, der Ausschalter Fürst Bülow aber ausgeschaltet ist mit samt seinem Vizepräsidenten. Damit schließt die arbeitsreiche Session, welche, wie die „Zeit.“ (19. 2. Morgenblatt vom 14. Juli) schreibt, „eine so gründliche Veränderung der politischen Situation gebracht hat.“

Die Beamtenbeförderungsvorlage wurde gestern zu Ende geführt, d. h. vom Reichstag sowie vom Bundesrat angenommen. Es ist wahr, die Affizientenklasse und manche Unterbeamten haben nicht das erreicht, auf was sie gehofft und was sie verlangt hatten. Wir bedauern das mit ihnen. Aber zugleich müssen wir mit allem Nachdruck uns gegen die unwahre demagogische Hege wehren, welche behauptet, das Zentrum sei daran schuld, daß nicht mehr erreicht wurde. Wir wissen sehr wohl, daß selbst sonst gute Zentrumsleute dieser Ansicht sind und es liegt uns als Beweis dafür, die eine oder andere schriftliche Äußerung darüber vor. Wir finden es auch nicht ungerne, daß manche Beamte zu dieser Ansicht kommen konnten. Denn sowohl in Fachblättern, als in „unparteiischen“ nationalliberalen Blättern, diesem Segen jedes deutschen Hauses, war es zu lesen, nur das Zentrum sei schuld, wenn nicht alles erreicht wurde, und besonders „der Erzberger“. Wir sind jedoch der Überzeugung, daß, wenn die Herren Beamten, welche hier in Betracht kommen, sich die Sache ruhig überlegen, sie zu demselben Resultat kommen werden wie wir, nämlich daß es eine unbillige Behauptung ist, wenn man sagt, das Zentrum sei schuld. Ja, das Zentrum ist schuld, daß die Beförderungsvorlage überhaupt jetzt zustande gekommen ist; denn der Block wurde heute noch und noch lange über die Steuern unfruchtbar herumstreifen. Dem hat die Stellungnahme des Zentrums ein Ende gemacht.

Den besten Beweis dafür, daß überhaupt keine Partei die Schuld trifft, daß nicht alles erreicht wurde, bildet der gestrige Tag. Noch am Montag trat eine ziemlich große Mehrheit für die Mehrforderungen ein; auch das Zentrum wäre nach der Rede Spahn's bereit gewesen, noch in letzter Stunde für jene Mehrforderungen zu stimmen und sicher haben viele Zentrumsabgeordnete in zweiter Lesung für sie gestimmt. Dem allem machte jedoch der Reichstagspräsident ein Ende, indem er zu Anfang der dritten Lesung im Namen der verbündeten Regierungen kategorisch erklärte: entweder gehen die Kommissionsbeschlüsse und die ganze Beförderungsvorlage durch, oder die ganze Vorlage fällt. Zugleich erklärte er die Intention, daß eine spätere Vorlage besser werde, indem er sagte, ein spätere Vorlage werde nicht mehr bringen, sondern weniger, indem die Rückwirkung auf den 1. April 1908 wegfiel. Unter diesen Umständen hätten nur noch jene an den Mehrforderungen fest, welche keine Verantwortung tragen und die gar nicht darnach fragen, ob eine Vorlage durchgeht oder nicht, nämlich die Sozialdemokraten und die Freisinnigen. Die weitergehenden Forderungen der 2. Lesung wurden daher mit 234 gegen 79 Stimmen abgelehnt bzw. mit dieser Mehrheit die Kommissionsbeschlüsse, d. h. das Kompromiß mit der Regierung wieder hergestellt. Kein vernünftiger Politiker wollte die Verantwortung dafür tragen, daß das Gesetz schlechter und die Beamten in Zukunft noch weniger beschützt. Der Bundesrat bezog die Regierung war fest entschlossen, die ganze Sache fahren zu lassen, wenn der Reichstag nicht beginge. Das ist denn auch bei der ganzen Angelegenheit der springende Punkt. Es ist unklar, daß die Regierung nachgegeben hätte, wenn das Zentrum fest auf der Mehrforderung bestanden hätte; denn die Regierung blieb trotz dem Ansturm der zweiten Lesung fest. Und schließlich stimmte der ganze Reichstag für die Vorlage; dagegen gar niemand; nur 13 Stimmen enthielten sich der Stimme.

Und das war das einzige Vernünftige. So bekommen die Beamten die Gehaltsaufbesserung vom 1. April 1908 an ausbezahlt; andernfalls hätten sie warten müssen und nicht so viel bekommen.

Das Gesetz gegen das Zentrum kommt lediglich davon her, daß der Abg. Erzberger, als er wußte, die Regierung habe ein ernstes und unwiderrückliches „Unannehmbar“ in Bezug auf die Mehrforderungen gesprochen, nachdem sie noch weitere 17 Millionen zugegeben hatte, des alsbald auch ansprach und die Konsequenzen daraus zog. Erzbergers Haltung, wenn wir es auch tatsächlich für klüger gehalten hätten, Erzberger hätte ebenso zurückgehalten wie andere. Dann hätten unsere Gegner keinen Anstoß gehabt, alle Klagen auf das Zentrum loszulassen. Man sieht ja, schließlich blieb auch ihnen nichts anderes übrig als sich auf den Standpunkt des Zentrums zu stellen — nicht weil das Zentrum, sondern weil die

Regierung sie durch ihre Stellung dazu zwang. Das ist die Wahrheit.

## Rusland.

Ostereich-Ungarn.

Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm einen Antrag an, nach welchem von der Wiederernennung des Kabinetts Beklerle Kenntnis genommen und der Wunsch ausgesprochen wird, die Lösung der Krise möge im Herbst unter Berücksichtigung der Majoritäten erfolgen. Danach vertagte sich das Haus auf den 28. September.

## Frankreich.

Clemenceau verteidigt die Politik der derzeitigen französischen Regierung. Bei der Besprechung der Interpellation über die allgemeine Politik führte Ministerpräsident Clemenceau aus, das Ministerium habe niemals eine Politik der Unterdrückung getrieben. Die Wahl seiner sozialistischen Freunde Briand und Viviani zu Mitarbeitern sei der deutliche Beweis für seine politische Anknüpfungswiese. Clemenceau ging sodann auf die Unterdrückung der Parteien und den parlamentarischen Mangel an republikanischer Gesinnung (Kam.) ein. Von der Partei der geeigneten Sozialisten erhob Compiere Morel scharfen Protest gegen die Angriffe des Ministerpräsidenten, der ihm antirepublikanische Gesinnung vorwerfe. Der Kammerpräsident sprach sich mehrdeutig, daß Clemenceau von der Rednertribüne herab, im weiteren Verlauf seiner Rede warf der Ministerpräsident Clemenceau den Sozialisten vor, daß sie die Anhänger der Gewalt seien, die sie in der Theorie verwerfen, in der Praxis aber einschuldigen. Sodann legte er dar, daß die Regierung mehrere Reformen zu Ende geführt habe. Die Altersversorgung für die Arbeiter werde vor Ende der Legislaturperiode angenommen werden, oder er werde dann nicht mehr Minister sein. Die Wahlreform lasse sich erst nach der Reorganisation der Verwaltung durchführen. Clemenceau tadelte die Sozialisten weiterhin, weil sie seit dem Dresdener Kongress das Zusammenarbeiten mit den Gruppen der Linken aufgegeben hätten und sich Jaures ein, seinen früheren Platz wieder einzunehmen. Er schloß mit den Worten, er habe sich der französischen Republik ganz und gar gewidmet und werde fortfahren, dem Volke die Wahrheit zu sagen; denn er sei überzeugt, daß das das beste Mittel sei, ihm zu dienen. Nach der Rede des Ministerpräsidenten kritisierte der Abg. Charles Benoit die Politik der Regierung und der Mehrheit.

## Spanien.

Spanien und Marokko. Nach einer Unterredung, die er mit der marokkanischen Gesandtschaft hatte, machte der Minister des Auswärtigen die folgende Mitteilung: Der Gesandte habe seine Wünsche für die Erreichung eines günstigen Resultats der Verhandlungen und sein Bedauern über die Vorformeln in Marokko ausgedrückt. In seiner Antwort habe er, der Minister des Auswärtigen, es beklagt, daß der Mangel an scharfsichtiger Autorität im Hof Ursache gewesen sei, daß der Vertrag sich in die Unmöglichkeit verriet, den Angriff zu verhindern, dessen Opfer die spanischen Arbeiter geworden waren.

## Türkei.

Generaloberst Frhr. v. d. Goltz ist am Montag mittag in Konstantinopel eingetroffen. Frhrer v. d. Goltz hat sich nach seiner Ankunft sogleich dem Kriegsminister beggeben und dann dem Generalstabschef, dem Großvezir und verschiedenen Ministern Besuche abgelegt.

Die türkische Kammer genehmigte im Prinzip fast einstimmig die sofortige Einstellung der Nichtmohammedaner und der bisher vom Militärdienst befreiten Mohammedaner in die Armeen und beschloß, falls das neue Wehrgesetz nicht angenommen werden sollte, das alte Wehrgesetz mit einer für den Dienst der Nichtmohammedaner eingefügten Aenderung anzunehmen.

## Athen.

Zur Revolution in Persien wird aus Teheran gemeldet: Der nördliche Teil der Stadt ist vollständig in den Händen der Nationalisten, die darin patronisieren und ausgeübte Ordnung halten. Viele Mannschaften von den Kosaken des Schahs sind zu den Nationalisten übergegangen. Wie man annimmt, beabsichtigen die Nationalisten bald in voller Stärke das Stadtviertel anzugreifen, das von Kosaken besetzt ist. Die Bevölkerung ist beängstigt und ermutigt die Nationalisten. In der Nähe der englischen Gesandtschaft wurde heute früh scharfes Gewehrfeuer vernommen. Die Nationalisten haben wenig Verluste zu verzeichnen. — In Teheran wurden von den Bakhtiaren mehrere

Wagare gebündelt, wo erwartet, der Schah werde in der englischen Gesandtschaft Asyl finden. — Die Forts besetzt, in Persien aktiv eingzugreifen und starke Truppenabteilungen von Urmia nach Dilman und Hoj zu entsenden.

## Äfrika.

Ein Zwischenfall an der algerisch-marokkanischen Grenze. Bei Colom Bedar an der algerisch-marokkanischen Grenze wurden drei französische Führer von marokkanischen Vandalen angefallen, getötet und ihrer beträchtlichen Beute, die sie bei sich trugen, beraubt. Die Vandalen schleppten auch 13 Stück Vieh als Beute mit fort. Durch Eingeborene wurde die Nachricht von dem Überfall nach Colom Bedar gebracht. In ganz Süd-Ost herrscht große Aufregung über das Ereignis.

## Baden.

Karlsruhe, 14. Juli 1909.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gefunden, dem stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat in Berlin, Wirklichen Geheimen Rat Sacherer des Großherzoglichen Hofes, Ordens vom Heiligen Löwen und dem vorstehenden Rat bei der Justiz und Domänenverwaltung, Geheimen Oberfinanzrat Ferdinand Ebs das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Großherzoglichen Ordens vom Heiligen Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gefunden, dem stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, Wirklichen Geheimen Rat Gustav Sacherer in Berlin auf sein untertäniges Ansuchen wegen vorgeordneten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen, treugeleisteten und erspriehlichen Dienste in den Aufsehensstand zu versetzen, dem stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Friedrich Kiefer mit dem Wohnsitz in Berlin unter Verleihung in seiner Stellung zum Ministerialdirektor und dem Kaiserlichen Geheimen Regierungsrat im Reichsgerichtamt Joseph Heindold zum Ministerialdirektor im Finanzministerium und stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat mit dem Wohnsitz in Berlin zu ernennen, ferner den Ministerialdirektor im Finanzministerium, Geheimen Rat 2. Klasse Paul Eggert zum Justiz- und Domänenrat, Geheimen Rat 2. Klasse Ludwig Geller zum Ministerialdirektor im Finanzministerium und den Geheimen Oberfinanzrat Otto Ballweg im Finanzministerium zum Direktor der Staatsschulverwaltung zu ernennen, sowie den Geheimen Finanzrat Emil Zimmermann bei der Steuer- und Zollverwaltung unter Verleihung des Titels Ministerialrat die Stelle eines vorstehenden Rats beim Finanzministerium zu übertragen, dem vorstehenden Rat bei der Justiz und Domänenverwaltung, Geh. Oberfinanzrat Ferdinand Ebs, auf sein untertäniges Ansuchen wegen vorgeordneten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste in den Aufsehensstand zu versetzen, dem Vorstand des Domänenamts Offenbürg, Oberdomäneninspektor Albert Pircher, unter Verleihung des Titels Domänenrat zum Kollegialmitglied der Justiz- und Domänenverwaltung und dem Bezugsnehmer Georg Kallmann unter Verleihung des Titels Bergamt zum Kollegialmitglied der Justiz- und Domänenverwaltung zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gefunden, dem vorstehenden Rat im Ministerium des Innern, Geheimen Oberregierungsrat Hermann Rebe und dem vorstehenden Rat im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Franz Böhm das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Großherzoglichen Ordens vom Heiligen Löwen zu verleihen, ferner dem Generalsekretär des Badischen Frauenvereins, Geheimrat Ernst Müller, sowie den Vorstandsmitgliedern des Badischen Frauenvereins, Frau Geheimrat Marie Garde und Frau Oberbürgermeister Anna Lauter in Karlsruhe die untertänig nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihnen verliehenen Königlich Württembergischen Olga-Ordens, sowie dem Fabrikanten Adolf Weninger in Mannheim die untertänig nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes 2. Klasse des Großherzoglichen Heiligen Verdienstordens Philipps des Großmüthigen zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gefunden, dem vorstehenden Rat im Ministerium des Innern, Geheimen Oberregierungsrat Hermann Rebe und dem vorstehenden Rat im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Franz Böhm das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Großherzoglichen Ordens vom Heiligen Löwen zu verleihen, ferner dem Generalsekretär des Badischen Frauenvereins, Geheimrat Ernst Müller, sowie den Vorstandsmitgliedern des Badischen Frauenvereins, Frau Geheimrat Marie Garde und Frau Oberbürgermeister Anna Lauter in Karlsruhe die untertänig nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihnen verliehenen Königlich Württembergischen Olga-Ordens, sowie dem Fabrikanten Adolf Weninger in Mannheim die untertänig nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes 2. Klasse des Großherzoglichen Heiligen Verdienstordens Philipps des Großmüthigen zu erteilen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurde dem Postassistenten Franz Karl Lehmann, Sebastian Schaffke, beide in Offenbürg, und Walter Fridolin Kraut in Engen der Titel Postsekretär, sowie dem Telegraphenassistenten Heinrich Bodenmüller in Freiburg der Titel Telegraphensekretär verliehen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat den Kandidaten Wilhelm Pfister beim Landgericht Konstanz zum Aktuar bei diesem Gericht ernannt.

## Theater und Kunst.

Karlsruhe, 14. Juli 1909

Stadtgarten-Theater. Die überaus rührige und tatkräftige Direction Hagin, an welcher sich manch' ein Hoftheaterleiter ein Gemüsel nehmen könnte, brachte vorgestern wiederum für ihre eine Novität und zwar die Operette „Liebeswäzger“ von Ziehrer. Die sogenannte Handlung, welche ebenso verwickelt ist wie jene von „Herbstmörder“, macht uns mit einem blühenden Bildmaler, dem „Quido Spini“ bekannt, der sich verliebt, jeder seiner Angebeteten einen Walzer, und zwar immer die gleiche Komposition, widmet. Dies führt zu jenen obligaten Verwicklungen und Verwicklungen, welche heute zu Tage meistens das Surrogat der Operette bilden und endigt schließlich damit, daß die zürnenden Paare vor Auto verduften, unterwegs aber alle, durch die Schaulust eines Wirtes, „pneumatischen Defekt“ erleiden, sich dadurch rechtzeitig auffindend, um sich zu versöhnen und — zu heiraten! Die Musik Ziehrers steht entschieden weit über jener, die Kalman in seinem „Herbstmörder“ bietet, die Langweiliger sind hier wieder überlegen, aber sie bewegen sich mit Grazie und Anmut und besonders der Walzer selbst dominiert in dem Werke durch den leicht gefälligen melodischen Fluß, auch sonst sind verschiedene musikalische Stellen durch die Partitur hervorgehoben an guten und schönsten Stellen fehlt es im Texte nicht, jedoch das Publikum auf seine Rechnung kommt und sich bestens amüsiert. Das Ensemble bewegte sich flott und die Damen Zovanova, Schwab, Hobden und Richter, sowie die Herren Gerold und Hof, lauter begabte und durchaus gewandte erstklassige Operettensänger, verhalfen der Novität zu einem vollen Erfolge und zu einem Beifall, der

mehrere Nummern stürmisch da capo verlangte. Wenn wir Herr Spini diesmal extra nennen, so geschieht es, um seinem Lebensstrohm, natürlichen Humor die gebührende Anerkennung zu zahlen, sein ehemaliger „Fischer“ war wirklich ein echter Wiener. Das Haus war sehr gut besetzt.

von Steden.

## Die hiesiger Heiligtumsfahrt.

CPC. Karlsruh, 4. Juli 1909.

Am Freitag hat die hiesiger Heiligtumsfahrt ihren Anfang genommen. Glodengläute und Wälserschläue kündeten das Fest an. Vom Gartentore der Propstei her erfolgt der Einzug: erst der Welt- und Ordenskenners der Stadt, dann die Kanonici und der Stiftspropst. Die Gäste schließen sich dem Zuge an — wenige Augenblicke noch und wir stehen im Chore des Ministers. Im gewaltigen Octogon, des großen Karl ureigenen Schöpfung, der wohlgeduldet Domdorf. Vorher schon hatte sich das Stadtvorordnetenkollegium, fast ausnahmslos, ohne Unterschied der Konfession, im Kathausaale versammelt, um in dem alten Gange, der des großen Franziskaners Platz mit seiner Kapelle verbindet, zum Minister zu gehen. Der Oberbürgermeister trägt die goldene Amtsette; er ist doch als Persönlichkeit zugegen. Alle Behörden, Justiz, Regierung, Polizei sind vertreten. Auch ein Bischof ist zugegen, der hochw. Missionarbischof Meunissen aus Neu-Guayana. Anwesend ist die den Heiligtumsfahrten einschließende höhere Lage entfernt worden, und der vom Kapitel und Stadtrat in Eid genommene Silbergeschloß erhebt sich über dem Schrein, nachdem sich die Kanonici, das Stadtvorordnetenkollegium und die Heiligtumsfahrt zur ungarischen Kapelle, welche die Heiligtumsfahrt birgt, beggeben haben. Ein Augenblick der höchsten Spannung und Aufregung ist gekommen. Sorgfältig wird jedes Stück aus dem Schrein genommen; je ein Kano-

Die einzige Partei, die keinen Gesetzenszwang auflegt.

Am 13. Juni des Jahres hielt der liberale Bundtagskandidat für den 8. Wahlkreis Bismarck-Waldshut, Egidius Probst aus Bismarck, in der schon mehrfach erwähnten Bismarcker Versammlung eine Rede, in der er im Wesentlichen erhellend über die Lage nach dem verfallenen Stenogramm wörtlich folgendes ausföhrte: „M. H. für einen Abgeordneten müssen in erster Linie nationale Gesichtspunkte maßgebend sein. (Zuruf: Sehr gut!) Wie verhalte ich mich den Interessen des Vaterlandes, der Gesamtheit seiner Bürger? Diese Frage muß sich jeder Abgeordnete, der es mit seiner Pflicht ernst nimmt, vorlegen, bevor er seine Entscheidung trifft. Nicht die Interessen einzelner Parteien und einzelner Berufsstände dürfen im Bundtag ausschlaggebend sein, sondern die Interessen des ganzen Volkes. Darum sollen die wahren Volksvertreter dieselben nicht durch die Parteibrille und aus Parteisichtungen ansehen. Der Abgeordnete darf kein Parteiflügel sein, er muß Bewegungsfreiheit haben, er muß sich nach seinem Gewissen richten. Gerade in dieser Beziehung glaube ich bei der nationalliberalen Partei aufgehoben zu sein; denn sie ist wohl die einzige Partei, die ihren Abgeordneten keinen Gesetzenszwang auferlegt. (Einzelruf: Sehr richtig!)“

Wir haben uns über die schönen Worte Probst's aufrichtig gefreut; nur der Schlußsatz, daß die nationalliberale Partei die einzige sei, die ihren Abgeordneten keinen Gesetzenszwang auferlegt, zwang uns ein solches Nachdenken. Wir dachten: Wenn Herr Probst erst Abgeordneter wäre, würde er wohl bald diese schönen Worte aus seinem Konzept streichen. Ein böses Schicksal, das Herr Probst mit seinem Schutzpatron Dr. Ostbraker teilte, wollte es nun, daß wenige Wochen nach dieser Rede Probst die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Gebirgsfraktion des Gesetzenszwangs soweit getrieben hat, daß angegebene Fraktionmitglieder (Zelmann, Oriola und Hehl zu Herrnheim) aus der Fraktion austreten mußten, weil sie keine Parteiflägel waren und Bewegungsfreiheit beanspruchten. Diese Herren waren wohl auch recht gut aufgehoben in der nationalliberalen Fraktion, vielleicht ebenso gut als Herr Probst es auch sein würde, wenn ihm das Glück zuteil würde, in den Bundtag einzuziehen. Herr Probst würde es mit seiner Pflicht gewiß ernst nehmen, daran können wir nach seinen Worten nicht zweifeln, ob er aber damit bei der nationalliberalen Partei am besten aufgehoben ist, diese Frage möge nun, der einzige Weise, der „Sehr richtig!“ gerufen hat, beantworten!

## Der „Volksfreund“ als Antifisch.

Einem wütenden Schimpfartikel bringt in seiner Not der „Volksfreund“, da er nicht den Mut hat, eine offene ehrliche Antwort auf das zu geben, was wir ihm fragen. Mit den Färbem der historischen Schundromane schäufert er Inquisition und Verengerung. Und dies alles, um nicht auf unsere Anfrage Antwort geben zu müssen, wie der Herr Abgeordnete, Stadtrat und Redakteur Kolb es genannt hätte, wenn ein Redakteur des „Bad. Beob.“ sich so nett benommen hätte, wie der Herr Redakteur Kolb in der Angelegenheit Ged. Glaubt der „Volksfreund“, er könne mit dieser Taktik des Antifisches, der durch lineal das Wasser schmutzig macht, wenn er sich verfolgt sieht, über die unangenehme Frage wegkommen? Bei denkenden Menschen nicht, wohl aber bei solchen, welchen durch die widerliche Gege der sozialdemokratischen Presse das selbständige Denken verloren gegangen ist.

Darum noch einmal: Wie würde der „Volksfreund“ erkennen, wenn ein Beobachter-Redakteur mit der Wahrheit umgegangen wäre, wie Kolb in der bekannten Angelegenheit? Darum handelt es sich und nicht um alle Geflichkeiten aus früheren Jahrzehnten, die der „Volksfreund“ unverändert und unkritisch seinen Lesern vorsetzt. Was würde der „Volksfreund“ sagen, wenn wir, statt eine klare, ehrliche Antwort auf eine aktuelle Frage der Gegenwart zu geben, die Schandgeschichten von der Sozialdemokratie vielgelobten französischen Revolutionen schildern würden mit ihrem Meer von Blut und Niedertracht allein in den letzten 120 Jahren? Gines sei ihm indes doch kurz gesagt. Der „Volksfreund“ schreibt in seinem „Wahrscheinlichkeitskalkül“, in welchem er gegen uns rächt, die flammenden Scheiterhaufen würden auch heute noch von uns angezündet, wenn die Kirche die Macht hätte. Eine alte Prophezei, die bei ungebildeten Leuten immer noch ihren Dienst tut! Inzwischen feiert allerdings das moderne Freientum den Orgien des wüsten Hasses. Es ist der protestantische Pfarrer Pfleger von Jülich, der diese Gefährdung gemacht hat und sie in einer Broschüre „Meine Stellung zum Freientum“ veröffentlicht. Da heißt es u. a.:

„Vor einiger Zeit hatte ich im Wesen einiger Freunde eine Auseinandersetzung mit einem Mitglied des Freientums vereinigt. Der Mann verteidigte sich vor der Forderung, daß die Religion durch Gesetz abgehehrt werden müßte. Meine Frage, ob die Hebräer eines solchen Antireligionsgesetzes gefreut werden sollten, eventuell mit Gehaltslohn bestraft werden sollten, bejahte er kategorisch. ... Nach diesem Ergebnis wundert es mich nicht mehr, als ich vor kurzem in der

seiner Vorgänger als Könige gekrönt worden sind, hat der Kaiser die Mittel bereit gestellt, daß der Schmutz vollendet werden konnte. Durch seinen Beistand, seinen Eifer, sein Interesse ist das hohe Werk zustande gekommen. Wenn die gesamte Körperwelt in dem unangenehmen Reichthum ihrer Seinsformen, in der unerhörlichen Mannigfaltigkeit ihrer Farben, der Ausbreitung geistiger Ideen sein soll, soll sie dazu dienen, uns zu Gott emporzuheben, der in seinen ewigen Gedanken die Vorbilder aller Geschöpfe bewahrt, dann stellt auch der musikalische Schmutz unseres Ministers ein heilig Band dar, mit dem der Allmächtige uns an sich zieht. Bald wird die Sonne zur Mitternacht gehen. Was aber nicht erlösen wird, das ist unsere Dankbarkeit gegen Papst und Kaiser. Und weil aller Segen von oben strömt, so wollen wir für Papst und Kaiser, für Kirche und Reich, für Weisende und Angegebene berichten einmal das Gebet des Herrn.“

Die Heiligtumsfahrt zur Vernehmung umgezogen und in feierlicher Prozession zum Octogon geleitet, wo sie dem Volke gezeigt wurden. Nach der Vernehmung wurden sie in den bereit gestellten Schrein verpackt und in die ungarische Kapelle zurückgebracht. Der Schluß des Tages bildete eine große Prozession, an der sich eine hiesigenständige Menge beteiligte — ein lautes Zeugnis für die überzeugende Macht des katholischen Glaubens.

## Kirchliche Nachrichten.

München, 13. Juli. Die päpstliche Konkonkordationsbulle für Erzbischof Dr. Wettinger ist am Montag in Speyer eingetroffen. In der Bulle ist dem hochw. Herrn Erzbischof Bischof von Speyer die Verpflichtung erteilt worden, sich sofort das Pallium zu erwirken. Erzbischof Franz wird kraft dieses Dispenses alle erzbischöflichen, sonst mit dem Pallium verbundenen Funktionen bis zum nächsten Konkonkordationsbenedictionen können, in dem ihm das Pallium verliehen werden wird. Die Konkonkordation des neuen Erzbischofs findet voraussichtlich am 25. Juli statt. Dasselbe wird der Apostolische Nuntius Dr. Feilgert vollziehen.



Presse hat, ein bekannter Agitator des Freiheitskamps habe in einer öffentlichen Versammlung in St. Gallen neulich die Meinung geäußert: „Nach meinem Vortrag wird jedermann zur Überzeugung gekommen sein, daß es eine Schande ist, katholisch zu sein. Die Schande sollte einem Menschen ins Gesicht steigen, der sich als Katholik bekennt.“ Derartige Behauptungen sind nicht zufällig und vereinigt. Wer die Presse der Freiheit kennt, weiß, daß dem vulgären Freiheitskämpfer eine starke Portion Unabwiesbarkeit eignet. Der Name „Freiheitler“ muß nicht selten eine Geistesrichtung bedeuten, die mit der Freiheit so wenig als mit dem selbständigen Denken gemein hat. ... Im Organ der Freiheitler der deutschen Schweiz, dem „Freiheitler“, erschien letztes Jahr (1. Januar 1908) ein Aufsatz über Toleranz, worin die Toleranz als eine „geistige Sumpfpflanze“ bezeichnet wurde. Es heißt da ferner: „In der freien Luft der fortschrittlichen Tätigkeit auf allen Gebieten hat die Toleranz weder Sinn noch Berechtigung.“

Weiter schreibt Pfleger: „Wenn wir je und je in den Organen der Freiheitsbewegung — z. B. im „Freiheitler“, im „Kampf“, in der „Freiheit“, „Menschen“, herausgegeben von Dr. Specht in Göttingen — aufgehen, so ist uns immer die Gedankenarbeit der Freiheitlerpresse aufgefallen. Es läßt in den Spalten der Freiheitlerpresse immer auf das eine hinaus: auf die Brandmarkung der Pfaffen und die Verächtlichmachung aller und jeder Religion. ... Es ist ein Fehler des Freiheitskämpfers, einseitig nur auf das Böse und Erkennen Wert zu legen. Das schließt nicht aus, daß es dem Ton angeht, der in der Freiheitlerpresse häufig an solchem Wissen fehlt. Das wird von selbständig denkenden Mitgliedern der Freiheitlerpresse auch empfunden und die und da ausgesprochen. So schreibt Uttenhofer im „Freiheitler“ (vom 1. März 1908): „Da und dort habe ich den Eindruck: Auf dem Gebiet der Geschichte, insbesondere der für uns so wichtigen vergleichenden Religionsgeschichte wird gräßlich geirrt. Da wird abgeteilt, verglichen, bewiesen, das Blaue vom Himmel herunter.“

Von dem hier Gelegten darf der „Volksfreund“ ruhig einen großen Teil auch auf sich beziehen. Sein Wesen ist Pfaffenfeinderei. Es ist allerdings keine Schande für Geistliche, wenn ein sozialdemokratisches Blatt, das der „Kampf“ und „Gottesdienst“ hieß, findet, daß die Geistlichen Feinde seiner Weltanschauung sind. Mit einem Blatt, das wie der „Volksfreund“ die ideologische Gemeinschaft des vorliegenden Königs- und Kronprinzenerbes nach belobte, möchten wir nicht die geringste geistige Gemeinschaft haben.

### Die „Badische Landeszeitung“

gibt uns wieder einmal eine Belehrung über journalistischen Anstand, weil wir angeführt der tüchtigen Wasserwirtschaftler in liberalen Blättern schreiben, die liberale Presse feiere Wasserwerk wie einen Zirkusbesuch. Was wir treffen wollten, war nicht die Person Wasserwerk, sondern das Neffengegähre der liberalen Presse, das doch zu durchsichtig ist; es soll nämlich über eine der tiefsten Abgründe, welche sich der bloßen Liberalismus jemals zuzug, hinwegsehen. Es wäre doch deshalb recht gemacht, wenn die „Bad. Landesztg.“ durch eine Beschränkung Waders Wiedervergehung üben wollte. Ein Neffengegähre für Wader hat die Zentrums- und die liberalen Blätter; dagegen scheint aber die nationalliberale Presse ihre Neffengegähre für Wasserwerk für notwendig zu halten. Die „Bad. Landesztg.“ braucht übrigens gar nicht vornehm zu tun. Wader wurde in der nationalliberalen Presse und sogar von hervorragenden nationalliberalen Abgeordneten schon in würdiger Weise persönlich bespöttelt. Wir wollen jedoch nicht darauf zurückkommen; auch nicht darauf, was die „Bad. Landesztg.“ allein in den letzten Monaten in Schimpfwörtern auf das Zentrum geleistet hat. Wir wollen nur darauf aufmerksam machen, daß die „Bad. Landesztg.“ im selben Blatt, wo sie uns Anstandslehren erteilen will, voll Weid bemerkt: „Die Waldmichelprelle erkrant sich, wie es scheint, zurzeit besonders guter Verbindungen.“ Weist die „Bad. Landesztg.“, daß sie allgemein im Lande den Namen „Landesbote“ hat? Schwächt die „Landesbote“ der sozialdemokratischen Presse die Schimpfwörter auf die Zentrums- und liberalen Blätter, dann können ja auch wir statt „Landesbote“ stets den vulgären Namen „Landesbote“ wählen. Jedenfalls sollte aber ein solches Blatt sich hüten, andern Anstandslehren erteilen zu wollen.

### Auch eine Journalistin.

Es gibt Menschen, die wohnen auf dem Chimborazo der Gemeinheit. Es ist unmöglich, ihnen beizukommen — sie behalten immer recht. Dieses Bistat ist ein einmaliger Gedankenpflücker des „Volksfreund“ vom 13. Juli entnommen. Es stammt von Hölze, und wir sind der Ansicht, daß dieser Gedankenpflücker sich sehr gut als Wabstuch am Kopf des „Volksfreunds“ annehmen würde. Es soll heute nur wieder ganz kurz festgesetzt werden, was der „Volksfreund“ der klar erkennen und jederzeit feststellbaren Wahrheit gegenüber fertig bringt. Sowohl in Nr. 108 als in Nr. 109 leuchtet er die Tatsache der sozialdemokratischen Worter-Kautsky-Moral weg. In Nr. 108 heißt es: „Und so was will mit der „Wurzeln der Wahrheit“ gegen uns vorgeben und täglich herabschleudern und frech verlogene Entstellungen über die angebliche Kautsky-Gortter-Moral schreiben. ... Sie sind es, die im Kampf gegen den Gegner nichts anderes kennen und gefasst haben wie: Lüge, Betrug und Gewalt.“ In Nr. 109 ist dann wieder von der „angeblichen Kautsky-Gortter-Moral“ die Rede. So leuchtet der „Volksfreund“ mit frecher Stirne die Wahrheit weg, die wir ihm klar bewiesen haben und die jeder Mann schwarz auf weiß in sozialdemokratischen Schriften lesen kann. Ein so unverständliches Zeugnis passiert einem höchstens noch in der Schule bei einem Buben, dem jedes Ohrgehör fehlt. Nur kommt beim „Volksfreund“ noch weiter dazu, daß er das, was bei ihm zur täglich geliebten Moral gehört, anderen in der unverantwortlichsten Weise vorwirft.

Nach „Freund“ ein. In Nr. 108 schimpft der „Volksfreund“ u. a. folgendermaßen: „Unbequeme Gedankensätze mit Gottes Hilfe einfach wegstrampeln, das ist eben die Aufgabe der Zentrumsjournalistik, der sie sich mit großem Verständnis und eifriger Gänge an die „gute Sache“ unterzieht.“ Man müßte über diese ganz gewissenlose Schmäharbeit und Verleumdung nachdenken, wenn es nicht gar zu traurig wäre, daß es sozialdemokratische, in Wäldern festgelegte Lügenmoral wegzunehmen, wo andere auf Grund eben dieser Moral verleumdet. Und solche Blätter wollen

die Arbeiterpresse geistig heben! Der „Volksfreund“ schreibt weiter: „Man lese den „Wachposten“, der von einem Geistlichen redigiert wird, mit welcher Seelenruhe und welcher rohem Zynismus er bis auf den heutigen Tag die schrecklichen Forderungen und Hinrichtungen Hunderttausender, die nach seiner Behauptung „durch den Staat erfolgen, der sich für berechtigt halten konnte, die Steyer hinzurichten“, ausdrücklich gutheißt.“ Das ist eine ebenso freche Lüge wie gemeine persönliche Beleidigung des Chefredakteurs des „Bad. Beobachters“, dem man vielleicht mit Recht vielfach nachsagt, er behandle den „Volksfreund“ viel zu gut. Diese persönliche Beleidigung hat aber den „Volksfreund“ nicht ab, schon in nächster Nummer zu schreiben, der „Beobachter“ verlege das Kampffeld auf das persönliche Gebiet, weil der „Beob.“ nämlich gegenüber dem wirklich hübsigen, fortwährend wiederkehrenden Vorwurf der Lüge einmal gerade die Qualifikation eines „Volksfreund“-Redakteurs in bezug auf Wahrhaftigkeit in der Ged.-Angelegenheit auf Grund von „Volksfreund“-Zitaten untersucht hat. In derselben Nummer bringt der „Volksfreund“ noch weiter einen Artikel, in welchem in ebenso frecher Weise die beleidigendsten, unwürdigsten persönlichen Angriffe auf unseren Mäcker Skrophenbonten gemacht und ihm mit Schimpfwörtern bedingungslos die Wortwahl absichtlicher Verleumdung gemacht wird. Das ist daselbstes Blatt, das vor einiger Zeit auf der dritten Seite sich darüber entließ, daß das Zentrum angeblich Geschäftsklienten boykottiere, während es auf der vierten Seite zum Boykott von Geschäftsklienten aus politischen Gründen aufforderte!

Wir haben genug davon! Wui über solche Schreierel! Aber sie behalten immer recht — bei allen gedankenlosen Mittschreierern.

### a. Zu radikale Lager abgewandt?

Zu der Mitteilung über die Verschmelzung der beiden Eisenbahnerverbände, des „Badischen“ und „Süddeutschen“ Verbandes, welche von unserem a-Mitarbeiter bereits demeritert wurde, nimmt jetzt auch die Verbandschaft des „Badischen Eisenbahnerverbandes“ Stellung, indem sie die Ausführungen unseres Mitarbeiters in nachstehender Erklärung vollinhaltlich bestätigt. Die Erklärung, die im Verbandsorgan veröffentlicht wird, folgendes Wortlaut: „Durch das Zusammenarbeiten der beiden in Baden bestehenden Verbände der Eisenbahner, des Badischen Eisenbahnerverbandes und des Verbandes Süddeutscher Eisenbahner, laudte die durchaus irrige Meinung auf, als wäre der Badische Eisenbahnerverband mit seinen 12.000 Mitgliedern seiner bisherigen neutralen Haltung untreu geworden und hätte sich in radikale Richtung verändert oder sich mit dem Süddeutschen Verbande vereinigt. Diese Annahme ist durchaus falsch. Der Badische Eisenbahnerverband wachtet nach wie vor strengste Neutralität und vermeidet alles, was seine Mitglieder, die sich auf alle politischen Meinungen verteilen, im mindesten verletzen könnte. Die gemeinsame Aktion bezog sich lediglich für einen bestimmten, bis jetzt einzelnen Fall zur Wahrung rein wirtschaftlicher Interessen. Im übrigen wachtet der Verband seine volle Selbstständigkeit und steht getreu seiner Verbandsaufgabe auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Verbandsleitung.“

### Auswahlverfahren, Zentrumsfeier

Siedingen, 13. Juli. Heute waren hier Auswahlgewahlen. In der Klasse der Niederbestenerten und der Mittelbestenerten hat die Zentrumsparität glänzend und glücklich abgechritten. Von 22 Kandidaten in beiden Klassen wurden 21 zuverlässige Zentrumsmitglieder gewählt. Auch für die 1. Klasse sind die Aussichten nicht ungünstig.

### Arbeiterzeitung.

Der sozialdemokratische Streikfonds in Solnhofen. Am Sonntag, den 4. Juli, fand in Solnhofen bei Solnhofen eine vom sozialdemokratischen Streikarbeiterverband einberufene große öffentliche Versammlung statt, um gegen die gegen diesen Verband gerichteten Angriffe Stellung zu nehmen. In dieser Versammlung hatten die Gewerkschaften der zweiten Zentralverbände der Arbeiter der christlichen Verbände eingeladen, der auch erschienen. Die sozialdemokratische Presse just nun den Verlauf dieser Versammlung so hinsichtlich, als ob das Verhalten der Gewerkschaften bei der Ausprägung der Mitbestimmungs-Arbeiter ganz korrekt sei, indem sie nur einen Auszug aus den Ausführungen des sozialdemokratischen Referenten bringt. Demgegenüber sei nun festgesetzt, daß der sozialdemokratische Referent auf eine Anfrage von christlicher Seite zugeben mußte, daß einige Gewerkschaften nach der Ausprägung die Stelle der ausgeprägten Christlichen einnahmen, daß auf eine Aufforderung christlicherseits, der sozialdemokratische Referent solle den Beweis bringen, wann, wo und von wem christlicherseits geschrien oder gesagt worden sei, daß durch die Bewegung die Noten aus den Betrieben hinausgedrängt werden sollten, derselbe keine Antwort geben konnte, im Gegenteil, er mußte zugeben, daß in einem Schreiben an den sozialdemokratischen Gauleiter Rohde in Württemberg der christliche Verband als selbstherrlich betrachtet, die Anteressen der in sozialdemokratischen Verbänden organisierten Arbeiter mitzuberreten, wenn dessen Mitgliederzahl nicht ausreicht, um ein Mandat bei den Verhandlungen zu erhalten. Ferner wurde in dieser Versammlung festgesetzt, daß es eine Unwahrheit ist, wenn die sozialdemokratische Presse schreibt, die Christlichen hätten eine Vertretung des sozialdemokratischen Verbandes in der Lohnkommission angelehnt. Festgesetzt wurde, daß der sozialdemokratische Gauleiter, als diese Angelegenheit betreffend noch nicht abgeschlossen war, in einer öffentlichen Versammlung in Württemberg diese Forderung wiederholte, und dort wurde ihm ausdrücklich erklärt, daß dies von der Zahl der bei der Ausprägung beteiligten sozialdemokratischen organisierten Arbeiter abhängt. Statt sich nun mit der Streikleitung des christlichen Verbandes in Verbindung zu setzen, hielt der rote Gauleiter an demselben Abend noch mit seinen Getreuen eine Versammlung ab, in welcher der Streikfonds beschlossen wurde. Warum beschneidet die sozialdemokratische Presse diese in dieser Versammlung festgestellten Tatsachen? Warum verschweigt diese sozialdemokratische Presse die in der Versammlung mit großer Majorität angenommene Resolution, gegen welche die Gewerkschaften nicht einmal stimmten und welche lautet: Die heute am 4. Juli in Solnhofen im Badischen Streikfonds einberufene Versammlung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Referenten der beiden bei der Ausprägung der Mitbestimmungs-Arbeiter beteiligten Organisationen und kommt zu der Überzeugung, daß das Verhalten der in beiden Verbänden organisierten Arbeiter nicht ganz einwandfrei zu be-

zeichnen ist. Wenn diese Kollegen nun zu der Überzeugung gekommen und bereit sind, mit ihrem christlichen Kollegen gemeinsam zu kämpfen, so begrüßt dies die Versammlung und wünscht, daß der gerechte Kampf zum Siege der Mitbestimmungs-Arbeiter führen möge.“ Man weiß ja, warum die sozialdemokratische Presse ihren getreuen Schäflein dies vorenthält. Ein anderes Blatt dürfen dieselben nicht lesen, und durch das eigene dürfen sie es nicht erfahren, sonst könnten sie am Ende noch an dem sozialistischen Mehrwertprogramm festzuhalten werden.

### Lokales.

Stuttgarter, 14. Juli 1909.

Der Chefredakteur Albert Herzog von der „Bad. Presse“ ist gestern mittag wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt, nachdem er 4 Monate im Landesgefängnis zu Freiburg hat verbringen müssen. Die „Bad. Presse“ schreibt: Zahllose Telegramme und Glückwünsche aus fern und nah, dazu eine Fülle von Blumenbüscheln und Dekorationen verschiedenster Art aus Freunden- und Kollegenkreisen zeigten, mit welcher freudigen Vergnügung die Heimkehr Herzogs allgemein begrüßt wird. Der Chefredakteur Herzog wird die nächsten Wochen der Erholung seiner angeschwundenen Gesundheit widmen, um alsdann mit frischen Kräften wieder die oberste redaktionelle Leitung der „Bad. Presse“ zu übernehmen.

Verurteilung. Ein 38 Jahre alter verheirateter Schneider aus Waldsee wurde angeklagt, weil er den Sohn seines bisherigen Hausherrn, der ihn wegen zehnfachiger Miets von 75 Mark beim Auszug daran verhindern wollte, sämtliche Fahrnisse fortzuschaffen, mit dem Verbrechen des Totdiebstahls bedrohte.

Schlimme Reiseerfahrung. Im Wartsaal 1. und 2. Klasse des hiesigen Hauptbahnhofs übergab am 12. d. eine hiesige Dame, die verreisen wollte, ihren Geldsack-Handkoffer einer unbekannt, etwa 28 Jahre alten Frauensperson auf kurze Zeit in Verwahrung, um nach in der Nähe des Bahnhofs etwas kaufen zu können. Als sie wieder zurückkam war die Unbekannte samt dem übergebenen Handkoffer, in dem sich Kleingeldstücke, 20 im Werte von 248 Mark und ein Portemonnaie mit 142 Mk. befanden, verschwunden.

### Vermischte Nachrichten.

Hd. Hamburg, 12. Juli. Der hier eingetroffene Dampfer Genware verlor im schweren Sturm bei Kap Horn die Rettungsboote und Segel. Der Kapitän und ein Matrose wurden von Sturmwellen ertränkt.

Hd. Hamburg, 14. Juli. Eine Morbid, die nach der Aufklärung bedarf, wurde gestern in Lohstedt bei Hamburg entdeckt. Im Hause Wietberg 19 wurde der Schächtermeister Jungheim ermordet aufgefunden. Die rechte Gehirnhälfte wies eine lassende Wunde auf. Der Mörder hat dann den Schwereverletten, um einen Selbstmord vorzujücken, mit einem Leibriemen aufgehängt. Geld und Schlüssel wurden bei dem Toten vorgefunden. Es scheint ein Raubmord vorzuliegen.

Hd. Teplitz, 13. Juli. Die 28jährige Gouvernante Anna Brudner hat sich vom Turm der hiesigen evangelischen Kirche herabgelassen und war sofort tot. Hd. Dresden, 12. Juli. Zwei Todter eines erst vor einigen Tagen verstorbenen russischen Offiziers, die bei einer hiesigen Materie wohnen, haben sich gestern Abend durch Vergiftung getötet.

Hd. Stuttgart, 13. Juli. Auf der Landstraße bei Märtlingen wurde die 28jährige Bürgerstochter Genemann aus Gammstadt erschossen aufgefunden. An ihrem Hals war ein Fettel folgenden Inhalts: Wir haben beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Der Liebhaber der Toten namens Rupp ist jedoch jenseits verstorben. Hd. Wien, 13. Juli. Baron Oskar von Rothschild, das jüngste von den sechs Kindern des Barons Albert Rothschild, hat sich heute früh wegen unglücklicher Liebe erschossen. Der Baron steht im 29. Lebensjahre.

Hd. Rom, 13. Juli. In Genua lauerte ein junger Mann, der von einem Mädchen abgewiesen wurde, in Begleitung seines Bruders den Bräutigam des Mädchens auf und ließ sie nieder. Die Hebräerinnen gaben Schuß ab, durch die zwei Personen getötet und mehrere schwer verwundet wurden.

Hd. Rom, 13. Juli. In Neapel erfolgte im Hofraum des Pappagallo Nord Carolina des nordamerikanischen Geschwaders während einer Inspektion eine Explosion folgender Wetter. Der inspirierende Leutnant wurde getötet, ein Korporal schwer verwundet.

Stuttgarter, 13. April. Zu der Meldung, daß Graf Zepelin einen Plan ausarbeite, bei dem es sich um eine Verbindung von Eisenbahn und Luftschiff handle, wird gemeldet, daß es sich nicht darum handle, die Bahnhöfe als Luftschiffstationen zu benutzen, sondern um eine Anregung des Reiches, welche Bahngesellschaften für Nachfahrten der Luftschiffe durch Beleuchtung der Bahnhöfe und der Bahnhöfen getroffen werden könnten. Nach wie vor besteht seitens der Zepelin-Luftschiffgesellschaft die Absicht, neue Luftschiffstationen zu bauen.

Hd. Friedrichshafen, 15. Juli. Mit dem nunmehr fertig gestellten Z. II. werden keine Probefahrten mehr unternommen. Sobald die Luftschiffhalle in Hohenberg fertig ist, wird Z. II. unter persönlicher Führung des Grafen Zepelin die Fahrt nach Köln antreten.

Hd. Frankfurt a. M., 13. Juli. Nach den neuesten Informationen wird Barfuß III mit Major Barfuß, Hauptmann von Köhler und Oberingenieur Kiefer bestimmt heute Abend in Württemberg aufsteigen. Er schlägt die Richtung ein über Halle, Eisenach und Fulda. In Frankfurt dürfte er morgen früh zu erwarten sein.

Hd. Calais, 13. Juli. Der Vizeairlady Latham machte heute bei Sangatte einen Probeflug. Wegen einer Verletzung, die der Apparat beim Landen erlitten, mußte der Flug über den Kanal wieder verschoben werden.

Hd. Mex, 14. Juli. Generalleutnant von Jhnder ist gestern Abend zu unglücklichen Unfall hier eingetroffen, um u. a. die Ballonhalle zu besichtigen und sich Z. I. im Fluge vorführen zu lassen. Der Aufstieg erfolgte trotzgerade heute früh. Die Fällung ist noch die alte.

Hd. Frankfurt a. M., 13. Juli. Das in Sachsenhausen, Teutoburger Wald, mochenische Ehepaar (Hilmspinner) hatte seine 16jährige Tochter (die Frau ist die Stiefmutter) in letzter Zeit so schwer misshandelt, daß das Mädchen am Sonntag aus Furcht aus dem ersten Stock der Wohnung heraussprang und lebensgefährliche Verletzungen davontrug. Als nun gestern Abend gegen 9 Uhr das Ehepaar von Aufstellungsplätze nach seiner Wohnung zurückkehrte, wurde es von einer großen Menschenmenge erwartet, mit Stockschlägen und Prütteln bedeckt und bis zum Schwelmerplatz getrieben, wo es in eine Wirtshaus flüchtete. Einer Polizeibeamten von 8 Mann unter Führung eines Kommissars gelang es, das Ehepaar in seine Wohnung zu bringen. Die Polizei mußte mit blanker Waffe einschreiten, da die Menschenmenge sich wie tobend benahm.

Hd. Paris, 13. Juli. Die Agence Fournier berichtet weiter über die Ruben-Kalastrophe bei Cordoba in Spanien, daß die Opfer sich in hoffnungslos Zustand befinden. Es seien bis jetzt 17 Leichen geborgen worden.

Hd. Wetzlar, 13. Juli. Die Independencia belge veröffentlicht ein Telegramm aus Madrid, wonach die dortigen Blätter von der von Paris aus verbreiteten Meldung über eine Ruben-Kalastrophe nichts zu berichten wüßten. Sie hätten die Meldung für erfunden.

Rebeschwemmung. Hd. Innsbruck, 13. Juli. In der Nähe von Locha sind mehrere Rabinnen niedergelassen. Einige Stationen der Bregeze-Strasse sind überflutet. Ein Ernterück hat den Verkehr vollständig unmöglich gemacht. In mehreren Ortschaften Vorarlbergs sind Heberschwemmungen eingetreten. In Madona di Campobio ist gestern ein Automobil im Schnee stecken geblieben.

Hd. Wien, 13. Juli. Infolge des anhaltenden Regenwetters wird aus allen Landesstellen ein rapides Steigen der Flüsse gemeldet, die bereits vielfach aus den Ufern getreten sind. Besonders ungünstig lauten die Berichte aus den Alpenländern und aus Salzburg.

Ein Kampf um den Walfin. Hd. Salzburg, 13. Juli. Der Walfin und Weingroßhändler Jgnaz Wetzlar kämpfte sich heute nach einem heftigen Kampf mit seinem Diener vom Walfin seines Hauses auf die Straße, wo er mit geschwundenen Gliedern tot liegen blieb. Der Unglückliche dürfte die Tat im Irrensinne begangen haben.

Reisefreie. Hd. Dabob, 13. Juli. Andermat und andere bekannte Winterkurorte melden Schneefallwetter im Hochsommer. In den Boralen fängt es bis herab zu 1400 Meter Höhe. Auf dem Sants liegt der Schnee 2 Meter hoch. Zeit Weidengedanken haben um diese Zeit nie solche Schneemassen gelegen.

### Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 14. Juli. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Kaiser heute den Reichskanzler Fürsten Bülow empfängt oder besucht wird, und vorwiegend über die Unterredung mit ihm dann bald die Unterredung mit dem kommenden Manne folgen. Der Kaiser will sich von hier aus auf kurze Zeit nach Kabinen begeben. Inzwischen werden die für die Nordlandreise bestimmten Schiffe ihre Reisevorbereitungen treffen. Die Rückreise aus dem Norden dürfte zwischen dem 5. und 8. August erfolgen. Das Herr von Weismann-Hollweg zum Reichskanzler aufzusehen ist, unterliegt keinem Zweifel mehr. Als gestern die Reichstags-Sitzung geschlossen war, begaben sich eine Anzahl von Reichstagsabgeordneten zu Herrn v. Weismann-Hollweg, um ihm ihre Glückwünsche auszusprechen, die er mit Dank und ohne Widerspruch entgegennahm.

Hd. Wien, 13. Juli. Die hiesigen Blätter melden, es sei nicht ausgeschlossen, daß an den diesjährigen Kaisermandat von außer dem deutschen Kaiser auch der König von England und der Zar teilnehmen werden. An hiesiger unterrichteter Stelle wird diese Nachricht als unrichtig bezeichnet.

Die in der Presse aufgetauchte Meldung, daß auch die Abgeordneten Haas und Schubert aus der nationalliberalen Fraktion des Reichstages angestrichen sind, wird von unterrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet.

Das königliche Staatsministerium trat unter dem Vorsitz seines Präsidenten Fürsten von Bülow heute zu einer Sitzung zusammen.

Wie verlautet, hat Fürst Bülow in der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums die Gründe seines Rücktritts dargelegt und gleichzeitig Mitteilung über die Entscheidung des Kaisers hinsichtlich des Nachfolgers im Reichskanzleramt gemacht.

Konstantinopel, 14. Juli. Nach einem bei hiesigen persischen Kreisen eingegangenen Telegramm haben sich die Truppen des Schah den Bakhtiaren ergeben.

### Aus Marokko.

Hd. Madrid, 14. Juli. Ein gestern in Tetuan eingetroffener Brief aus Fez besagt, daß der Moghi an der Spitze seiner Kabylen in Fez eingedrungen sei und die Stadt geplündert habe. Viele Kaufleute seien nach Melines geflohen. Die Moghissen sollen den Sultanspalast besetzt haben. Das Schicksal des Sultans ist unbekannt.

### Aus dem Gerichtssaal.

Schwurgericht. E. Karlsruhe, 13. Juli.

3. Brandstiftung und Unterschlagung. Vor den Geschworenen stand in der heutigen Vormittagssitzung der 13 Jahre alte Goldschmiedelehrling Wilhelm Seiberlich aus Erzingen, angeklagt der Brandstiftung und der Unterschlagung.

Der Vorst sahete Landgerichtsrat Dr. Schuberger, Vertreter der Staatsanwaltschaft war in dieser Angelegenheit Staatsanwalt Dr. Rudmann. Als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Grohholz.

Die Anklage legte Seiberlich zwei Straftaten zur Last; er wurde beschuldigt, daß er als Verwalter einer sog. Reutenkassette einer Anzahl junger Burschen in Erzingen von den vereinnahmten und ihm in Verwahrung gegebenen Geldern in der Zeit von November 1908 bis Mai 1909 191 Mark 75 Pf. unter Verschlagung des Gehalts in Brand setzte, indem er am 28. Mai in Erzingen in einer, in der Scheuer des Wagners Kaufmann eingebauten Kumpelkammer lagerndes Papier anzündete, was zur Folge hatte, daß die Kumpelkammer, die Scheuer und die an dieselbe angehängten übrigen Gebäude des Kaufmanns Anwesens, das hintere Wohnhaus und ein Schuppen niederbrannten, und daß durch das Feuer eine Reihe anstehender Nachbargebäude teils mehr oder minder zerstört wurden. Es fielen dem verurteilten Elemente auch das Anwesen des Simon Schuster vollständig, das Wohnhaus des Landwirts Wöhringer sowie die Remise und ein Schuppen der Witwe Grimm teilweise zum Opfer. Der Brand verursachte einen Gebäudeschaden von 10 623 Mk. und einen Vermögensschaden von 216 Mk.

Der Angeklagte ist in Erzingen geboren und hat auch dort seine Erziehung genossen. Im Jahre 1906 starb der Vater und seit dieser Zeit wohnt er mit seiner Mutter im zweiten Stock des hinteren Wohnhauses des Wagners Kaufmanns. Nach Beendigung der Schulzeit kam Seiberlich zu dem Fabrikanten Oskar Bender in Forzheim in die Lehre, bei dem er bis zu seiner Verhaftung arbeitete. Er bekam von Beginn seiner Lehrzeit an Wohnung und zwar zuerst 5 Mark in der Woche. Alle halb Jahre trat eine Erhöhung von 50 Pfennig ein, jedoch sein Wochenlohn als Lehrling zuletzt 9 Mark betrug. Anfangs mußte er seinen ganzen Verdienst, zuletzt 6 Mark an seine Mutter abgeben. Von den ihm noch verbleibenden 3 Mark hatte er das Mittagessen zu bezahlen, das er sich in Forzheim kaufte und das meist nur aus einem Stück Brot und einem Glas Bier bestand.

Im Laufe des vorigen Jahres trat sich in Erzingen, einem schon lange bestehenden Gebirgsort, folgend, die jungen Burschen, die im Jahre 1910 gefängnisstraflos wurden, zusammen, um eine sog. Reutenkassette zu gründen. Zum Kassier wurde der Angeklagte bestellt. Er genog das volle Vertrauen seiner Altersgenossen, war er doch allgemein als braver Bursche bekannt, der trotz seiner Jugend im katholischen Arbeiterverein die Stelle eines Hilfskassiers bekleidete. In der Reutenkassette waren wöchentliche Beiträge zu leisten, über die Seiberlich genau Buch zu führen hatte. Es gingen nach und nach 191 Mk. 75 Pf. ein. Das Geld verwahrte der Angeklagte in einer Blechbüchse und brachte diese in einer Holzstiege unter, die



**4. Brandstiftung.**

Bei dem heute Nachmittag das Schwurgericht beschä-  
 digenden Falle handelte es sich wiederum um eine Anklage  
 wegen Brandstiftung. Der Angeklagte war in dieser  
 Sache der 26 Jahre alte verheiratete Wäckermeister  
 Ernst Hermann Kübler aus Murr (Württemberg),  
 hier wohnhaft. Die Leitung der Verhandlung lag in  
 Händen des Landgerichtspräsidenten Dr. Schuberger. Die An-  
 klagebehörde wurde durch Gerichtsassessor Krug ver-  
 treten. Als Verteidiger war Rechtsanwalt Klemmer  
 erschienen.

Nach der erhobenen Anklage hat Kübler am 11. Mai,  
 nachts zwischen halb 12 und 12 Uhr, in dem Hause Werber-  
 straße 33 hier, in dem sich im Parterrestockwerk sein Ge-  
 schäft befand, einen Brand gelegt, indem er im Vor-  
 raum und in der Wohnung glühende Kohlen, die er aus  
 dem Kamin geholt, auf die mit Petroleum besprengten  
 Wände warf, um dadurch das Haus in Brand zu setzen.

Der Angeklagte bestritt, sich der Brandstiftung schul-  
 dig gemacht zu haben. Diese Erklärung war überaus  
 dem im ganzen Verlaufe der Voruntersuchung hatte Kübler  
 sich vollkommen gefählig gezeigt. Es wurde von ihm  
 sowohl bei seiner ersten Einvernahme vor dem Amtsgericht,  
 als auch bei einem Verhör vor dem Staatsanwalt und  
 dann später bei der Einvernahme durch den Untersuchungs-  
 richter angegeben, daß er den Brand gelegt habe. Der An-  
 geklagte sagte aus, er habe eine Vorbestimmung auf die Aus-  
 eigentümersin, die Wäckermeisterin, von der er das Ge-  
 schäft abgemietet hatte, gehabt, weil sie ihm wegen Nicht-  
 bezahlung der Miete auf der Wohnung und des  
 Ladens verklagt hatte. Um sich an der Frau Weid zu  
 rächen, habe er deren Haus in Brand setzen wollen. Heute  
 widerrief Kübler seine Geständnisse und behauptete, er sei  
 durch Drohungen des Staatsanwalts und des Untersu-  
 chungsrichters zu demselben gezwungen worden.

Aus dem Verlaufe der Verhandlung war zu entnehmen,  
 daß der Angeklagte im Jahre 1897 zu einem Wäckermeister  
 in Ludwigsburg in die Lehre kam. Er hielt seine Lehrzeit  
 aber nicht aus, sondern ließ nach 1 1/2 Jahren davon. An  
 verschiedenen Orten arbeitete Kübler dann als Wäcker-  
 gelehre; er war in Pforzheim, Brötzingen, Durlach, Stein-  
 mauer, Eßlingen und Karlsruhe. Hier machte er sich im  
 November 1908 selbständig, nachdem er sich einige Monate  
 zuvor verheiratet hatte. Er übernahm mietweise das  
 Werberstraße 33 belegene Wäckermeistergeschäft der Witwe  
 Weid. Zwischen ihm und der Vermieterin kam es bald zu  
 Zwistigkeiten, weil Kübler seinen Zahlungsverpflichtungen  
 nicht pünktlich nachkam. Frau Weid nahm deshalb die  
 Hilfe eines Anwalts in Anspruch, der die Angelegenheit  
 regelte, so daß ein extrajudizielles Verhältnis zwischen Mieter  
 und Vermieterin wieder hergestellt wurde. Lang hielt  
 dieses Einverständnis aber nicht Stand, denn Kübler brach  
 durch freizeugiges Benehmen bald wieder den Frieden  
 und unterließ es auch, die Geschäftsmiete, die vertrag-  
 gemäß monatlich zu bezahlen war, zu entrichten. Bei  
 dieser Sachlage ließ Frau Weid durch ihren Anwalt Klage  
 mit dem Antrage auf Räumung der Wohnungs- und Ge-  
 schäftsräume erheben, was ihr nach dem abgehandeltem  
 Mietvertrage möglich war. Am 11. Mai erhielt Kübler die  
 Klage zugestellt. Er geriet darüber in große Wut und Be-  
 schloß, wie die Anklage annahm und wie von ihm auch  
 früher angegeben wurde, sich an der Frau Weid zu rächen,  
 indem er deren Haus in Brand setzte. Zu diesem Zwecke

hatte der Angeklagte nach seinem in der Voruntersuchung  
 abgelegten Geständnis am 11. Mai, nachts gegen halb  
 12 Uhr, aus seinem Kamin glühende Kohlen geholt und  
 einen Teil derselben auf Erde und Badbreiter im Vor-  
 raum gelegt, mit dem anderen Teile der Kohlen im vor-  
 deren Zimmer der Wohnung einen Schließkorb, den Kübler  
 füllte, einen Nachtschiff und die in das zweite Zimmer  
 führende Tür, nachdem er alles vorher mit Petroleum be-  
 sprengt, zum Brennen gebracht. Außerdem machte der  
 Angeklagte, wie er früher ausagab, nachdem er sah, daß es  
 brannte, sowohl im Vorraum wie im vorderen Wohn-  
 zimmer den Gasbrenner auf, in der Hoffnung, daß eine  
 Gasexplosion erfolge, und begab sich dann in sein Schlaf-  
 zimmer, um dort abzuwarten, was sich ereignete. Kat-  
 sache ist, daß es um die angegebene Zeit sowohl im Vor-  
 raum wie in der Wohnung, an zwei ziemlich aufeinander  
 liegenden Plätzen, brannte und ein Zweifel konnte auch  
 darüber nicht bestehen, daß eine Brandstiftung vorlag.  
 Der Brand im hinteren Teile des Geschäftes wurde von  
 einem Bewohner des Hauses bemerkt und das Feuer in  
 der Wohnung entdeckten Straßepolizisten. Nur dadurch,  
 daß sie alsbald Feuerlärm machten und Hilfe herbeiholten,  
 gelang es, das Feuer rasch Herr und so ein großes Un-  
 glück zu verhüten. Der Brandschaden war kein bedeutender.  
 Es entstand ein Gebäudeschaden von 300 Mark und  
 ein Inventarschaden von 40 Mark.

Die Geschworenen erklärten den Angeklagten der vor-  
 stehenden Brandstiftung im Sinne des § 308 A. St. G. B.  
 schuldig und gaben in diesem Sinne ihren Wahspruch ab.  
 Das daraufhin erlassene Urteil lautete unter Anrechnung  
 von 1 Monat Untersuchungshaft auf 2 Jahre Zuch-  
 haus und 5 Jahre Ehrverlust.

**Handel und Verkehr.**

**Mannheim, 13. Juli.** (Effekten-Börse). Im  
 Verkehr standen heute: Brauerei Eichbaum-Aktien zu 116  
 Prozent. Sonstiges ohne bemerkenswerte Veränderungen.

**Frankfurt a. M., 13. Juli.** (Schlußkurs 1 Uhr 45 Min.)  
 Wechsel Amsterdam 169.07, Stal. 809.25, London 204.25,  
 Paris 511.23, Wien 85.10, Privatdisk. 2 1/2%, 3 1/2% Disk.  
 Reichsanleihe 95.45, 3%, Deutsche Reichsanleihe 86.50  
 3 1/2%, Preussische Anleihe 95.40, Oesterreichische Goldrente  
 100.15, Oesterreichische Silberrente 99.80, 3%, Röring. I  
 62.20, Röhliche Bond 134.50, Deutsche Bond 243.10,  
 Oester. Ränder, 113.40, Rhein. Kredit, 136.75, Rhein.  
 Hypothek, 199.—, Ottoman 142.—, 3 1/2%, Baden  
 abgibt, 96.—, 3 1/2%, Baden in Markt 95.—, 3 1/2%, do. 1900  
 94.90, 3%, do. 1896 86.20, Bad. Bodenrente 144.50,  
 Schuler 124.—, Maschinenfabrik Göttinger 214.50, Paris-  
 rader Maschinenfabrik 199.—, Hamburg-America 116.90,  
 Norddeutscher Lloyd 90.—.

+ Schnellpreisenfabrik Frankenthal Albert  
 u. Cie. A.-G. Frankenthal (Rheinland). In der  
 gestern stattgefundenen Generalversammlung wurden die Vor-  
 schläge der Verwaltung einstimmig genehmigt und gelangt  
 die Dividende von 12 Proz. = 120 M. pro Aktie an den  
 bekannten Zahlstellen sofort zur Auszahlung. Ebenso werden  
 die neuen Dividendenkonten für die nächste Dividende der Talons  
 sofort ausgestellt.

**Karlsruher Ständebuch-Anzüge.**  
 Geschickliche: 13. Juli. Gustav Hartmann von  
 Weingarten, Metzger hier, mit Pauline Weiler von Böb-  
 lingen. — August Wächter von hier, Antichreibeger hier,  
 mit Maria Gögginger von Mannheim.  
 Geburten: 1. Juli. Helene, Vater Gust. Reichen-  
 bacher, Brauereiarbeiter. — 3. Juli. Arthur Richard, Vater  
 Leo Reich, Hochbauwerkmeister. — Klara, Vater Severin  
 Graf, Schlosser. — 4. Juli. Erwin Julius, Vater Wilhelm  
 Kimmig, Bahnarbeiter. — Katharina Elisabeth, Vater Peter  
 Graf, Polizeikommissar. — Arthur Erich, Vater Christian  
 Nonnenmacher, Installateur. — 5. Juli. Karl Friedrich,  
 Vater Friedr. Schreier, Schreiner. — Karl, Vater Friedrich  
 Barth, Bäcker. — Josef Anton, Vater Josef Mayer, Kofler.  
 — Fritz Friedrich, Vater Gustav Dengler, Mechaniker.  
 — Oskar, Vater Karl Erb, Gärtner. — Gita Ertrud, Vater  
 Andr. Witte, Bezirks-Heilbedient. — 6. Juli. Lydia, Vater  
 Karl G. Schmidt, Baufriseur. — Paul Karl, Vater Wilhelm  
 Beiler, Maschinist. — Hermann, Vater Albert Ruhn, Bier-  
 brauer. — Karoline Friederike, Vater Karl Gran, Schmied.  
 — Wilhelmine Margarethe, Vater Karl Kromer, Ingenieur. —  
 Gertrud Marg. Wilhelmine, Vater Friedr. Nagel, Kofler. —  
 Luise Sofie, Vater Emil Häring, Schneider. — Franziska  
 Elise, Vater Edmund Wehr, Handelsmann. — 7. Juli. Anna  
 Auguste, Vater Oskar Joos, Domenschnieder. — Hans  
 Heinrich, Vater Johann Miller, Tapezier. — 8. Juli. Karl  
 Friedrich, Vater Karl Erntlich, Dreher. — Moses, Vater  
 Schmul Kaplan, Schneider. — Gilda Monika, Vater Adolf  
 Friedmann, Schneider. — Walter Christian Karl, Vater  
 Christian Nieth, Steinbauer. — Friedrich Wilhelm, Vater  
 Theodor Kapferer, Maler. — Friedrich, Vater Lorenz Jink,  
 Bahnarbeiter. — 9. Juli. Oskar Friedrich, Vater Oskar  
 Brunel, Metzger. — Dorothea Marg., Vater Franz  
 Busch, Ingenieur. — Friedrich Verthold, Vater Hermann  
 Schloffer. — Elisabeth, Vater Karl Klotz, Kameldiener. —  
 10. Juli. Hermine Franziska, Vater Andr. Ehler, Maschinist-  
 arbeiter.

Todesfälle: 11. Juli. Jakobine Dautz, Privatier,  
 ledig, alt 81 Jahre. — Friedrich, alt 10 Monate 25 Tage,  
 Vater Wilhelm Winter, Privatier. — Josefina Cron,  
 Privatier, ledig, alt 73 Jahre. — 12. Juli. Gertrud, alt  
 7 Monate, Vater August Heilmann, Schlosser. — Friedrich  
 Rühle, Tagelöhner, ein Ghemann, alt 48 Jahre. — Karl, alt  
 15 Jahre, Vater Jakob Kronenwett, Landwirt. — Friedrich  
 Dörflinger, Palais-Inspizitor a. D., ein Ghemann, alt 80  
 Jahre.

**Wetterbericht des Zentralb. für Meteor. und  
 Hydrog. vom 13. Juli 1909.**  
 Der hohe Druck mit einem Kern über dem Südrhein  
 hat sich nimmere über ganz Zentraluropa ausgebreitet;  
 gleichwohl ist das Wetter vorwiegend trüb und infolge dessen  
 auch kühl geblieben. Die Nordhälfte des Erdteils wird von  
 Depressionen bedeckt, die Minima bei St. Petersburg und  
 südlich von Island anweisen. Jemlich heiteres, trockenes  
 und etwas wärmeres Wetter ist zu erwarten.

**Wasserstand des Rheins am 13. Juli 1909 früh:**  
 Sauerinsel 4.15, gefallen 75. Neßl 4.89, geflogen  
 27. Maxau 7.04, gefallen 9. Mannheim 6.85, ge-  
 flogen 23.

**Tages-Kalender.**  
 Mittwoch den 14. Juli.  
 Apollotheater. 8 Uhr Varietevorstellung.  
 Stadtgarten. 8 Uhr Konzert der Leibgrenadierskapelle.

**Baer & Elend**  
 Bankgeschäft  
 Karlsruhe i. B. Lammstrasse 10 Telefon 223  
 empfehlen sich für  
 alle bankgeschäftliche Transaktionen.  
 Ansführliche und gewissenhafte Auskunft über sämtliche  
 Wertpapiere.  
 Auf Wunsch erhalten Interessenten Börsenberichte kostenlos.

**Kath. Männerverein St. Stefan.**  
 Donnerstag, den 15. Juli, abends 7/9 Uhr, im  
 2. Stock der Wirtschaft Zum Landtsnecht, Zitel 31,  
 Monatsversammlung mit Vortrag.  
 Unsere Mitglieder werden um vollständiges Erscheinen ge-  
 beten. Einführung von Gesinnungsgenossen erwünscht.  
 Der Vorstand.

**Stadtgarten.**  
 Heute, den 14. Juli, abends 8 Uhr,  
**Wittwochs-Konzert**  
 der gesammten Kapelle des  
**Badischen Leib-Grenadier-Regiments.**  
 Leitung: Königlich Musikdirektor **Adolf Boettge.**  
 Eintritt: Abonnenten . . . . . 30 Pfg.  
 Nichtabonnenten . . . . . 50 Pfg.  
 Programm 10 Pfg.  
 Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.  
 Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

**Stadtgarten-Theater Karlsruhe.**  
 Mittwoch, den 14. Juli 1909,  
 abends 8 Uhr:  
 Zum 4. Male! Zum 4. Male!  
**Der fidele Bauer.**  
 Operette in einem Vorspiel und 2 Akten  
 von Viktor Leon.  
 Musik von Leo Fall.

**Karlsruhe-Mühlburger**  
**Dampf-Wasch- und Plätt-Anstalt**  
 Rheinstraße 113. Telefon 2255.  
**Spezialität: Stärke-Wäsche**  
 in absolut feinsten, einwandfreier Ausführung.  
 Prompte Bedienung bei freier Abholung und Rücklieferung.  
 Große Wasenbleiche u. Trocknung im Freien.  
 Nach Wunsch franks gegen franks.

**Moskops's**  
 Rhein-Weinessig  
 aus Fahr (Rheinland)  
 Vorzügliche  
 Fabrikate.  
 Allseitig anerkannt.  
 Erhältlich in den meisten  
 Kolonialwaren-Drogen- und  
 Delikatessen-Geschäften.

**Sanften, langanhaltenden Schnitt**  
 garantiert meine Spezial-Marke  
**Hummel-Rasiermesser.**  
 In allen Breiten vorrätig!  
 Alte Rasiermesser werden bei mir  
 sorgfältig fachgemäß geschliffen mit  
 Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.

**Karl Hummel, Werderstrasse 13.**  
 Die Generalagentur für das Großherzogtum Baden einer  
 alten, eingeführten Lebensversicherungs-Gesellschaft sucht für  
**Oberbaden**  
 zu dessen ausschließlicher Vertiefung einen routinierten, nach-  
 weisbar tüchtigen  
**Inspektor.**  
 Als Domizil Freiburg erwünscht. Die Stellung ist gut dotiert und bei  
 entsprechender Leistung auch dauernd und angenehm. Bewerber belieben  
 sich unter F. K. 4536 an Rudolf Wosse in Karlsruhe zu wenden.

**Stadt. Bierordtbad.**  
**Große Schwimmhalle.**  
 Geöffnet vormittags 7-11 Uhr u. nachmittags 1/3-1/2 Uhr. Samstags bis 1/2 10 Uhr.  
 Saftenschluss jeweils 1/2 Stunde vorher. — Für Abonnenten morgens 1/2 Stunde  
 früher geöffnet.  
 Für Damen vorbehalten jeden Freitag, vormittags 9-11 Uhr und nachmittags  
 1/3-1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags.  
 Ferner Freitags abends von 6 Uhr ab zu ermäßigtem Preis.  
 Für Herren alle übrige Zeit und Sonntags vormittags sowie zu ermäßigtem Preise  
 von 20 Pfg. mit Auskleidegele und 10 Pfg. ohne Auskleidegele.  
 Mittwochs abends von 6 Uhr, Samstags abends von 5 Uhr an.

**Dampf-Bettfedern-Reinigung**  
 Karlsruhe-Mühlburg.  
 Sorgfältige, fachmännische Behandlung jedes Auftrages, daher  
 höchster, von keiner Seite erreichter Reinigungseffekt. Absolute Garantie  
 für Gewicht und Qualität des Federmaterials. Abholung und  
 Rücklieferung kostenlos Wohnung.  
**Wilhelm Ruf, Tapezier- und Bettengeschäft,**  
 Sebanstraße 6. Gegründet 1872.

**Bad Boll bei Bannhof (Baden).**  
**Hotel und Kurhaus.**  
 Prachtvolle Lage inmitten herrlicher Tannenwälder.  
 Vielseitige Waldspaziergänge und sehr lohnende Panouren in das  
 wildromantische Wutachtal. Mineral- und Schwimmbäder. Eigene Forellan-  
 fischerei. Pension von Mk. 5.— an. Touristenzimmer von Mk. 1.50 an.  
 Prospekte gratis und franko.  
 Inhaber **Paul Bogner.**

**Die Stadt. Brocken Sammlung, Schwabenstr. 4.**  
 nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar  
 jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und  
 Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel re. entgegen.

**Chreiser Spartoherde**  
 in allen Größen und  
 Ausführungen zu  
 billigen Preisen vor-  
 rätig, anerkannt bestes  
 Fabrikat im Westen,  
 Baden und Kofen.  
 12 erste Preise. — Neueste Aus-  
 zeichnungen. — Ehrenpreise und goldene  
 Medaille, Neustadt a. d. Naardt und  
 Diebenhofen, Loth. — Reparaturen,  
 Ersatzteile u. Ausmauern schnell und billig.  
 Herdfabrik  
**Karl Chreiser,**  
 Groß. Hofseferant,  
 Gerrenstraße 44. Telefon 2071  
 pro Liter 80 Pfg.

**Benzin**  
 pro Liter 40 Pfg.,  
 für Autobesitzer und bei Wegnahme  
 entsprechend billig.

**la rohes Leinol**  
 pro Stilo 72 Pfg.

**la franz. Terpentinol,**  
 garantiert rein,  
 pro Liter 80 Pfg.

**Stahlspäne**  
 groß, mittel und fein,  
 zu 32 Pfg. pro Pfund-Paket, offeriert  
**Drogerie Jean Gunn Nachf.**  
 Inhaber: O. Wenzel,  
 Karlsruhe. Karlsruherstraße 98.  
 P.S. Prompter Versand nach aus-  
 wärts.

**Zimmer-Gesuch.**  
 Ein schön möbliertes Zimmer, mit oder  
 ohne Pension, wird von jungem Kauf-  
 mann auf 1. August zu miethen ge-  
 sucht. Angebote mit Preisangabe unter  
 Nr. 478 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Anfängern**  
 wird gründlicher  
 Klavier-  
 Unterricht  
 erteilt. Die Stunde 60 Pfg.  
 Hirschstraße 46, 4. St.

**Orchestrion!**  
 Ein wenig gebrauchtes, gut er-  
 haltene Instrument, in jedes  
 Musiklokal passend, billig abzu-  
 geben. Angebote unter Nr. 473  
 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Woerl's**  
 Reise-  
 FÜHRER.

Pünktliche, zuverlässige  
**Zeitungsträgerin**  
 für die Stadt gesucht.  
 Die Geschäftsstelle des „Badischen Beobachter“.